

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

32 (6.12.1946)

Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 32

Mannheim, den 6. Dezember 1946

Preis 10 Pfg.

Bietet dem Hunger Halt!

Die vor den Wahlen versprochene Erhöhung der Rationen hat sich als eine sehr zweifelhafte Angelegenheit erwiesen. Die vorgesehene Erhöhung der Brotration kann nur mit großen Schwierigkeiten und unter dauernden Verschleppungen gewährt werden. Statt der vorgesehenen zwei Zentner Kartoffeln pro Kopf der Bevölkerung als Mindestzuteilung hat ein großer Teil der Verbraucher überhaupt noch keine Kartoffeln erhalten. Angst und Sorge erfüllt die Werktätigen, ob sie ihr tägliches Brot erhalten.

Die Milchabgabe liegt 50 Prozent unter dem Stand von 1943, die spärliche Butter- und Fettration ist weiterhin gefährdet. Die Ernährungslage war noch nie so trostlos und die Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung und damit für schwerste Störungen der Wirtschaft und der öffentlichen Ordnung so drohend wie in diesen Tagen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Lage sich noch verschlechtern wird.

Das Gerede der für die Ernährung verantwortlichen reaktionären Bürokraten von dem Hunger in der sowjetischen Zone, der auf Grund der durchgeführten Bodenreform herrsche, hat sich angesichts der nicht mehr zu bestreitenden Tatsache des Hungers bei uns in nichts aufgelöst.

Aus allen Gegenden häufen sich die sensationellen Nachrichten, welche aufzeigen, daß der Behördenapparat der Ernährungswirtschaft nicht mehr Herr der Dinge ist. Es ist eine ganze Reihe von Vorfällen bekannt geworden, die wir nicht als billige Skandalaffäre behandeln wollen, welche aber unbedingt einer beschleunigten parlamentarischen Untersuchung bedürfen, da sie einen Ausdruck der Krise darstellen, in welche die gesamte Ernährungswirtschaft geraten ist.

Es hat sich inzwischen herumgesprochen, daß in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands die Ernährung gesichert und der Anschluß an die neue Ernte garantiert ist, weil man die Saboteure unserer Ernährung, die adeligen Großgrundbesitzer, enteignet und die reaktionären Bürokraten aus der Ernährungswirtschaft entfernt hat. Bei uns wurde die Durchführung einer gerechten und demokratischen Bodenreform verhindert bzw. unter Täuschung der Öffentlichkeit durch ein Siedlungsgesetz umgangen, bei uns konnten die reaktionären Bürokraten ihre Diktatur in der Ernährungswirtschaft aufrichten, und deshalb haben wir eine Hungerkatastrophe.

Die englische und amerikanische Besatzungszone hat 12 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, die sowjetische Besatzungszone hat nur etwa 6,5 Millionen Hektar. Die sowjetische Besatzungszone deckt ihren Verbrauch zu 90 % aus Eigenzeugung, während der Westen nicht einmal 50 % seines Verbrauchs selbst aufbringt. Die Umsiedlung von Millionen von Menschen hat es mit sich gebracht, daß die Bevölkerungsdichte in den Zonen heute

ziemlich gleich ist. Es müßte also auch in den Westzonen die Ernährung in gleicher Weise gesichert werden können wie in der Sowjetzone.

Die Ursache der ungeheuerlichen Not und des Elends ist zweifelsohne der Faschismus und sein unseliger Raubkrieg. Es muß aber mit aller Eindeutigkeit festgestellt werden, daß in den eineinhalb Jahren, die inzwischen ins Land gegangen sind, die Zeit und die Möglichkeit vorhanden war, unser Volk aus dem Abgrund, in den es durch den faschistischen Krieg gestoßen wurde, zu einem normalen und geordneten Leben zurückzuführen.

Im Osten Deutschlands, wo das Erbe des Faschismus bestimmt nicht weniger schlimm war als bei uns, sind solche Maßnahmen durchgeführt worden, die ein geordnetes und normales Leben ermöglichen und die Ernährung der Bevölkerung



sichern. Die Verwirklichung der Arbeitereinheit hat die Voraussetzung für die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte und zur Durchführung einer wirklichen Demokratisierung von Wirtschaft und Verwaltung geschaffen.

Bei uns im Westen dagegen ist eine Reihe von bürokratischen Einrichtungen geschaffen worden, die sich bemühen, alle positiven Kräfte zu lähmen und auszuschalten und vor allem jegliche Initiative von unten zu ersticken. Die alten Kräfte, welche vor 1933 zur Genüge bewiesen haben, daß sie nicht in der Lage sind, das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands nach neuen Gesichtspunkten zu gestalten, haben ihre Diktatur aufgerichtet und mit den alten Methoden die Ernährungskatastrophe herbeigeführt.

Der Hunger in Deutschland ist nicht nur eine Folge des Hitlerkrieges, sondern auch des Versagens des Ernährungsapparates und der völlig verfehlten Wirtschaftspolitik der reaktionären Kräfte.

Nur eine völlige Neuorientierung der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik in Deutschland kann uns aus der Hungerkatastrophe herausführen. Die Diktatur der Bürokraten der Ernährungswirtschaft muß gebrochen werden, das schaffende Volk muß durch seine berufenen Vertreter die Kontrolle über die Ernährung selber in die Hand nehmen.

Die bisher verantwortlichen reaktionären Bürokraten und angeblich unentbehrlichen „Fachleute“ sind nicht in der Lage, die brennenden Probleme zu lösen.

Es ist die Aufgabe der wirklich demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, die Organisatoren des Hungers in Deutschland zu verjagen und eine entscheidende Wendung der Dinge herbeizuführen.

Die staatsrechtliche Gestaltung Deutschlands

„In der Gewißheit, daß nur durch eine demokratische Volksrepublik die Einheit der Nation, der soziale Fortschritt, die Sicherung des Friedens und die Freundschaft mit anderen Völkern gewährleistet sind, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben.“

Dies ist die Präambel des „Entwurfs einer Verfassung für die deutsche demokratische Republik“, welche die SED in diesen Tagen der deutschen Öffentlichkeit zum Meinungsaustausch und zur Stellungnahme unterbreitet hat. Der Entwurf besteht aus 109 Artikeln und ist in fünf Abschnitte gegliedert, welche sich auf „Die Grundlagen der Staatsordnung“, „Grundrechte und Grundpflichten der Bürger“, „Das Parlament der Republik“, „Die Regierung der Republik“, „Die Rechtspflege“, „Die Verwaltung“, „Länder, Kreise und Gemeinden“, beziehen.

Dieses historische Dokument, das gründlich durchdachte und an den Lehren der Vergangenheit sorgfältig überprüfte Vorschläge zur künftigen staatsrechtlichen Gestaltung Deutschlands enthält, ist im gegenwärtigen Augenblick um so bedeutungsvoller, als der ganze mit Deutschland zusammenhängende politische Fragenkomplex in Kürze auch im Mittelpunkt der Beratungen der Alliierten stehen wird.

Das Mitglied des Zentralsekretariats der SED Walter Ulbricht erklärte dieser Tage in einer Rede über die Bedeutung des Verfassungsentwurfes:

„Die Veröffentlichung dieses Entwurfes der Verfassung soll einen Meinungsaustausch in ganz Deutschland herbeiführen mit dem Ziel, zu einer Einigung der antifaschistisch-demokratischen Kräfte, vor allem aber zu einer Verständigung zwischen der Sozialistischen Einheitspartei, der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei zu kommen.“

Das Hauptmerkmal dieses Entwurfes ist, daß er das Volk zum alleinigen Träger der

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Versteht Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.

Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek

Badische Landesbibliothek

Staatsautorität erklärt wissen will. Die höchste Instanz in der neuen deutschen Republik soll die vom Volke demokratisch gewählte Volksvertretung sein. Ueber die Weimarer Verfassung führt der neue Entwurf insofern hinaus, als er die dreigeteilte Gewalt ablehnt und solche Garantien vorsieht, die es den Junkern und Monopolkapitalisten, diesen ewigen Feinden einer freiheitlichen Entwicklung des deutschen Volkes, ein für allemal unmöglich machen werden, die Demokratie nochmals mit den ihr eigenen Spielregeln zu erwürgen.

Die mit diesem Entwurf vorgeschlagene Verfassung will ferner ein festes Band der Einheit Deutschlands sein. Während die gegenwärtig im Süden und Westen Deutschlands zur Diskussion und teilweise schon der Bevölkerung zur Entscheidung gestellten Landesverfassungen mehr oder weniger einer partikularistischen Zersplitterung Deutschlands Vorschub leisten, soll hier auf wahrhaft demokratischer Grundlage fest zusammengefügt werden, was aus wirtschaftlicher und nicht zuletzt auch aus kultureller Notwendigkeit nun einmal zusammengehört.

Dieser erste gesamtdeutsche Verfassungsentwurf wird zweifellos in allen Besatzungszonen eine überaus lebhaft diskussion auslösen. Und so muß es auch sein! Verfassungen dürfen nicht hinter verschlossenen Kanzleitüren ausgeklügelt und ausgehandelt, sie müssen vom ganzen Volk selbst durchdacht und erörtert werden. Nur dann können sie zu dem werden, was sie ihrem Wesen nach sein sollen: die rechtlich verbürgte Grundlage für die freie Selbstbestimmung des Volkes.

„Verfassungsfragen sind Machtfragen,“ sagte schon Ferdinand Lasalle, und Walter Ulbricht, den wir schon oben zitierten, weist mit Nachdruck darauf hin, was jetzt die wahre nationale Aufgabe unseres Volkes ist:

„Verfassungsfragen sind Fragen des politischen Kampfes. Es handelt sich nicht darum, über die staatsrechtliche Seite der Frage einen Meinungs-austausch herbeizuführen, sondern eine Einigung und Aktivität der fortschrittlichen demokratischen Kräfte herbeizuführen. Es soll schon jetzt begonnen werden, die in der Verfassung enthaltenen Grundrechte in die Tat umzusetzen. In diesem Sinne ist der Entwurf der Verfassung ein Aktionsprogramm für alle demokratischen Kräfte. Der Verfassungsentwurf gibt Ratschläge für unser Volk, in allen Teilen Deutschlands den Kampf um die Grundrechte des Volkes und um die Sicherung einer demokratischen Entwicklung zu führen. Dann wird auch das künftige Parlament eine fortschrittliche demokratische Verfassung beschließen.“

1700 Kalorien täglich für internierte Nazis

Der hessische Minister für politische Befreiung Binder, teilte anlässlich der Feier der Übergabe des Darmstädter Nazi-internierungslagers in deutsche Hände mit, daß auf ausdrückliche Anordnung der Militärregierung jeder arbeitende Lagerinsasse

täglich mindestens 1700 Kalorien zugeteilt erhält, die mit schwereren Arbeitenden Beschäftigten außerdem die Schwerarbeiterkarte. Wie ein Hohn auf die Zehntausende, die vom Hitler-Terror einem qualvollen Hungertod überlassen wurden und auf das hungernde, schaffende Volk, wirkt die Mahnung des Ministers Binder, daß die Internierten mit dieser „knappen Ration“ (!) zufrieden sein müßten, da ja die Zivilbevölkerung noch knappere Rationen erhalte.

Reif für die Enteignung: Der „badische Junker“ Fürst von Leiningen

Der Großgrundbesitz des Fürsten von Leiningen umfaßt zirka 10 000 ha. Den ersten Weltkrieg hat dieser Großgrundbesitzer glücklich überstanden, obzwar nach dem Zusammenbruch der Monarchie der Herr Fürst seine Hofhaltung etwas einschränken mußte. Dieser fürstliche Großgrundbesitz ist ein Musterbeispiel moderner Bauernlegerei, verschwanden doch ganze Dörfer und Bauernhöfe, um den Jagdgründen dieses Fürsten und adeligen Herrn Platz zu machen. Obwohl die Inflation 1923 diesen Großgrundbesitz ebenfalls streifte, kamen doch 1933 mit Adolf Hitler für ihn bessere Zeiten. Bereits 1925 fand Hitler auf Schloß Waldleiningen Anhang und in dem Fürsten einen warmen Förderer. 1930 waren alle höheren Beamten der Leining'schen Herrschaft aktive Mitglieder der NSDAP und so nahm es auch kein Wunder, daß der „Macht“-antritt Hitler's 1933 mit Böllerschüssen, Fackelzug und Trinkgelagen gefeiert wurde, während der Fürst selbst vor seinem zusammengetrommelten Volk eine Rede hielt. Auf dem Schlosse wehte neben der Fürstenflagge das Hakenkreuzbanner. Demokraten wurden aus dieser Gegend rücksichtslos entfernt und neue SA- und SS-Kompanien aufgestellt. Auch die Rußlandhetze stand sehr hoch im Kurs, war doch die Fürstin von Leiningen die Tochter des russischen Großfürsten von Kyrill. Im Kriege wurde das Schloß Waldleiningen sofort zu SF-Sonderzwecken zur Verfügung gestellt und später in ein SS-Lazarett umgewandelt, während seine „Durchlaucht“ zum Korvettenkapitän und Hafenkommandant in Reval aufstieg. Er konnte zwar Leningrad nicht erobern, kam jedoch dafür in russische Gefangenschaft.

Als der Kanonendonner der Amerikaner in dem Leining'schen Forst hörbar wurde, versuchte der fürstliche Domänenrat als Volkssturm-Kommandant sich dem „Feind“ entgegenzuwerfen, doch beim Anblick der ersten amerikanischen Panzer fiel dieser mittelalterliche Spuk kläglich in sich zusammen.

Obwohl seit dieser Zeit die Schwere der Katastrophe auf dem ganzen deutschen Volk lastet, amtieren die Leining'schen Nazi-Beamten mehr oder minder weiter. Die aktiven Nazis sollen augenblicklich entlassen sein, jedoch besteht begründete Aussicht, daß sie auf die Machenschaften des Domänenleiters Dr. Engelhard wieder eingestellt werden. Daß sämtliche Pg's noch in fürstlichen Gebäuden wohnen, versteht sich von selbst, während andererseits noch die Generalverwaltung an die aktiven Nazis treu und brav Pensionen bezahlt. Wie weit heute noch bewußt die Verschleierung geht, mögen folgende Vorgänge erhellen:

Diplomlandwirt Sommer, Klasse 2 des Entnazifizierungsgesetzes, fiel in Bayern unter die Entlassungsbestimmungen und wurde daraufhin von Domänenleiter Dr. Engelhard ins Badische nach Ernstthal versetzt, wo er den Anbau der fürstlichen Ökonomie leitet, während Freiherr Max von Arnim als Forstmeister und Forstamtsvertreter des fürstlichen Forstamtes Ernstthal, sowie Forstmeister Richard Bachmann als Forstamtsvorstand in Amorbach seit 1. Oktober im Dienst sind. Ebenfalls auf Betreiben des Domänenleiters

Dr. Engelhard wurden die Naziaktivisten Oberforstwart Schwaab und Forstmeister Celarius, beide aus Schloßau in Baden, nach Bayern versetzt. Obwohl Domänenleiter Dr. Engelhard genau wußte, daß diese beiden belasteten „Fürstlichen Beamten“ auf Anordnung des Ministerpräsidenten Köhler Schloßau verlassen mußten, „verschob“ er diese in ihre neuen Ämter in Bayern. Schwaab z. B. versieht seinen Dienst als Forstaufseher im „fürstlichen“ Revier Tauberbischofsheim und ist auch im Forstamt in leitender Stellung tätig.

Daß sämtliche Pg. durchschnittlich sechs Steg Holz erhielten und Herr Domänenleiter Dr. Engelhard sein Geschäftsauto zu mysteriösen Privatfahrten benutzt, sei nur der Ergänzung halber erwähnt. So sehen in Wirklichkeit die Verhältnisse bei den Menschen aus, die eine Kaste vertreten, der es gelungen ist, das deutsche Volk in zwei Kriege hineinzupeitschen und die durch die Stützung des Nazi-systems fast unlösbare Verelendung schufen.

Das deutsche Volk durchsteht heute einen erbitterten Kampf um die allernotwendigste Ernährung, es ist bemüht mit allen Kräften einen Weg zu wirklicher Demokratie zu finden, während auf der anderen Seite reaktionäre Kräfte mit allen Mitteln bestrebt sind alles zu tun, um sich selbst ein gutes Leben zu sichern.

Die demokratische Arbeiterschaft wird sehr aufmerksam darüber wachen, daß sich Brutherde des Militarismus und der Reaktion, auch in getarnter Form, selbst auf den noch nicht der Bodenreform zugeführten Gütern weder bilden noch betätigen können, wenn man auch glaubt, durch Versetzung von einer in die andere Zone sich unsichtbar machen zu können.

Es bedarf keiner Frage: Auch bei uns muß diese Herrenkaste entmachtet werden, die in der Geschichte Deutschlands von jeher eine so unheilvolle Rolle spielte. Das geraubte Land muß dem Bauern als Eigentum zurückgegeben werden, der es in schwerer Arbeit bebaut.

Der Junker hat sich Land errafft,
gebt's dem, der selber Nahrung schafft.

Was geschieht mit dem bayerischen Weizen

Entsprechend den nunmehr vorliegenden statistischen Angaben (Statistisches Handbuch für Bayern) wurde in Bayern im Jahre 1945 an Weizen 559 669 to, Roggen 453 001 to, Brotgetreide insgesamt 1 012 678 to produziert. Nach amtlichen Verlautbarungen benötigt Bayern zur Ernährung seiner nunmehrigen Bevölkerung 9 648 000 to Brotgetreide (vorausgesetzt ist die heutige Brotzuteilung von 8000 g und 1200 g Nahrungsmittel). Dazu kommen laut verschiedenen Berichten Zehntausende to Weizen aus Amerika.

Wo sind diese Getreidemengen hingekommen? Die Bevölkerungszahl war im Vorjahr um 2 Millionen niedriger. Ähnlich steht die Frage mit dem Zucker. Auf einer Anbaufläche von 6334 ha wurden 183 962 to Zuckerrüben geerntet. Davon konnten 26 000 to Zucker erzeugt werden, das heißt man hätte an 9 Millionen Menschen wenigstens 250 Gramm Zucker monatlich verteilen können. Es ist bekannt, daß in Bayern fast ein Jahr kein Zucker ausgegeben wurde. Wo blieb der Zucker? Es handelt sich um 26 000 to.

Ernährungssaboteur beim Länderrat bewohnt 10 Zimmer

Durch die Presse ging dieser Tage folgende Notiz:

„Dr. Arthur Burghard, Vorstandsmitglied der Württembergischen Metallwarenfabrik, wurde aufgrund des Befreiungsgesetzes am 1. 8. 46 seines Postens enthoben. Dieser Mann, der im Nazistaat eine verantwortliche Position innehatte, arbeitet seitdem als beratender Ingenieur beim Länderrat, Abt. Dr. Conrad.“

Wer ist dieser Dr. Conrad?

Dr. Conrad, wohnhaft Mannheim-Neustheim, Paul-Martin-Ufer, ist Wirtschaftsberater für Ernährung und Landwirtschaft, ebenfalls wie die obengenannte Größe, beim Länderrat. Er bewohnt in Mannheim-Neustheim in seiner Villa mit seiner Frau, einem ca. 1 1/2 Jahre alten Kinde und einem Kinderfräulein insgesamt 10, in Worten: zehn Zimmer und eine Küche; davon nimmt er, wie es sich für einen „sozial“ eingestellten Wirtschaftsberater nicht anders gehört, folgende Räume in Anspruch:

- 1 Schlafzimmer für sich,
- 1 Schlafzimmer für seine Frau,
- 1 Schlafzimmer für das Kind,
- 1 Schlafzimmer für das Dienstmädchen,
- ferner für seine umfangreiche Toilette einen Ankleideraum von 12 qm und ein Bad von 6 qm.

Ein weiteres Zimmer hat dieser Wirtschaftsberater angeblich für ein noch aus der französischen Zone kommendes Dienstmädchen reserviert, während das Dachgeschoß mit drei Mansarden und einer Kammer überhaupt nicht belegt ist. Auch hier ist Herr Conrad um eine Ausrede nicht ver-

legen, soll doch in diese Räume sein Chauffeur, der jedoch in der Neckarstadt-Ost eine eigene Wohnung hat, kommen.

Um dem „standesgemäßen“ Größenwahn die Krone aufzusetzen, beansprucht er außerdem noch zwei Räume von insgesamt 56 qm als Dienstzimmer mit der Begründung, daß er gezwungen sei, öftere Konferenzen mit der Militär- und Länderregierung abzuhalten.

Wie ist ein solcher Zustand heute noch möglich?

Seit dem Umbruch war das Wohnungsamt außerstande, hier einzugreifen, da Conrad sich stets auf den an seiner Haustüre angenagelten Schutzbrief und auf seine Verbindungen zum Länderrat berief. Tausende und Abertausende Obdachlose hausen in Bunkern, Kellerlöchern, Sälen und Scheunen unter den primitivsten Verhältnissen, während es hier ein Mensch versteht, unter Ausnutzung seiner Stellung und unter Mißachtung jeglichen sozialen Mitgefühls ein Leben zu führen, das jedem Begriff der Anständigkeit Hohn spricht.

Wir erwarten dringend namens der mit vollem Recht empörten Bevölkerung ein sofortiges Eingreifen der Behörden. Wenn wir für Schwarzhändler die schärfsten Strafen fordern, so muß mit gleichem Recht gegen solche Saboteure ebenfalls mit den drakonischsten Mitteln eingeschritten werden. Ein solcher Mensch wie Dr. Conrad, der noch nicht einmal für die Wohnungsnot seiner Mitmenschen Verständnis hat, dürfte in einem Länderrat wohl vollkommen fehl am Platze sein.

Unverantwortliche Zustände bei der Schülerspeisung

Für die seinerzeit eingerichtete Schülerspeisung wurden vom Gesundheitsamt die erforderlichen ärztlichen Untersuchungen durchgeführt. Uebereinstimmend erhalten wir aus sämtlichen Stadtteilen Klagen darüber, daß diese Untersuchungen in einem Tempo und mit einer derartigen Oberflächlichkeit vorgenommen wurden, wie sie an die berüchtigten militärischen k.v.-Untersuchungen im Dritten Reich erinnern. In sehr vielen Fällen wurde lediglich nach dem Körpermaß ohne weitere interne Untersuchungen die Diagnose gefällt, ein Verfahren, das restlos abzulehnen ist.

Wir haben bereits am 31. Oktober dreimal telefonisch das Gesundheitsamt um nähere Auskunft ersucht, wurden jedoch damit vertröstet, daß der „Sachbearbeiter“ nicht anwesend sei. Auf unsere schriftliche Anfrage vom gleichen Tage an das Stadtschulamt teilt dieses uns nun folgendes mit:

„Wir haben Ihr Schreiben betr. Schülerspeisung an das Staatliche Gesundheitsamt zwecks Kenntnisaufnahme und Stellungnahme weitergeleitet. Das Gesundheitsamt teilt uns mit:

Die Untersuchung geht in Ordnung. Rechenschaft darüber sind wir nur unserer vorgesetzten Dienstbehörde schuldig.“

Wir sind im Umgang mit Behörden schon mancherlei gewöhnt, eine solche Brückierung der Presse ist uns allerdings noch nicht vorgekommen. Wenn das Staatliche Gesundheitsamt glaubt, mit solchen Methoden sich seiner Verantwortung der Öffentlichkeit gegenüber entziehen zu können, so dürfte es höchste Zeit sein, diesem

Alle
wollen die „Badische
Volksstimme“ lesen —
Gib sie weiter!

Amt, das ja in erster Linie für die Öffentlichkeit da ist, beizubringen, daß es mit seiner Leitung im demokratischen Staate vollkommen fehl am Platze ist. Wir verlangen namens der mit Recht empörten Elternschaft eine unverzügliche Untersuchung seitens dieser erwähnten „vorgesetzten“ Dienststelle.

Gedankenlosigkeit oder Absicht?

Noch immer gibt es Dienststellen, die man mit Gewalt aus ihrem Dornröschenschlaf aufwecken muß. Diesen Herrschaften ist noch gar nicht aufgefallen, daß ihre amtlichen Formulare allzu deutlich die Erinnerungszeichen an das tausendjährige Dritte Reich tragen. Gemeint ist nämlich hiermit ein Eilfrachtbrief der Reichsbahn, der den Weg von Sulzfeld (Baden) nach Mannheim fand und schön und deutlich das Spätzlein des Dritten Reiches trägt. Es wäre wirklich an der Zeit, mit diesem Unfug Schluß zu machen oder wird hier eine bestimmte Absicht verfolgt?

Die einen und die anderen

Die einen gehen fleißig bauen,
Und setzen Stein auf Stein.
Die Andern stehen trüg am Zaun,
Ihr „Ja“ ist stets ein „Nein“

Die Einen läutern Erz und Stahl,
Daß das Gerüst gelingt.
Die Andern sind die große Zahl,
Die um die Zukunft ringt.

Die Andern stehen faul zur Seit
Warum denn fleißig sein?
Denn ist das Haus erst wohnbereit,
Gehn wir auch noch hinein.

Ihr andern hört! Uns gilt der Brauch,
daß, wer im Schweiß gesät,
Am Ende in der Ernte auch
Die Frucht der Arbeit mäht.

Wo bleibt das Mitbestimmungsrecht?

Trotzdem die Arbeitsämter nicht in der Lage sind, dem dringendsten Bedürfnis, den Holzschlag, durch Zuweisung von genügend Holzfällern Rechnung zu tragen, sieht die arbeitende Bevölkerung, wie es Hunderten von arbeitsscheuen Menschen, die sich vom Schwarzhandel usw. ernähren, gelingt, durch Scheinarbeitsverträge ihre Beschäftigungsnachweise abgestempelt zu bekommen. Wir wissen, daß die Arbeitsämter dieser Tatsache machtlos gegenüber stehen. In mehreren Eingaben an die Ministerien wurde die Einschaltung der Gewerkschaften und Betriebsräte bei der Kontrolle dieser Beschäftigungsnachweise verlangt. Es ist in Zukunft für alle Arbeitenden untragbar, wie ein ganzes Heer von Nichtstuern und Parasiten den Volkskörper auslaugt. In Anbetracht der katastrophalen Lage ergeht die Forderung an das Wirtschaftsministerium, die Gewerkschaften und Betriebsräte bei der Prüfung dieser Ausweise mit heranzuziehen.

Lohnausgleich bei Kurzarbeit

Die Nordwürttembergische-Nordbadische Regierung hat auf Antrag des Arbeitsministers Rudolf Kohl beschlossen, daß beim Eintreten von Kurzarbeit der dadurch entstehende Lohnausfall vergütet werden soll. Es erhalten ledige Arbeiter einen Ausgleich von 75 Prozent und verheiratete einen solchen von 90 Prozent des ausfallenden Lohnes. Vorerst ist hierfür ein Betrag von 10 000 000 RM zur Verfügung gestellt. Bekanntlich steht in Aussicht, daß durch Einschränkung des Stromverbrauches Betriebe zur Kurzarbeit gezwungen werden. Die kommunistische Landtagsfraktion hat für den Fall, daß Kurzarbeit eingeführt wird, den Antrag gestellt, daß den davon betroffenen Arbeitern und Arbeiterinnen ein Lohnausgleich in obiger Höhe gewährt wird. Dem wurde durch Beschluß der Regierung Rechnung getragen.

Eigenartige Unterrichtsmethoden

Aus verschiedenen Leserschriften entnehmen wir wörtlich folgendes:

„Bei der Durchsicht der Schulaufgaben meines Jungen, der in der 4. Klasse der Pestalozzischule ist, bin ich u. a. auf folgende Sätze gestoßen, die mich in Anbetracht der heutigen Verhältnisse komisch berühren.“

1. Das Gewehr ist eine Waffe.
2. Die Gewehre sind Waffen.

Wenn heute nach einem total geführten und einem total verlorenen Krieg bereits die Kinder in der Schule schon wieder in ihren Schreibaufgaben gelehrt werden, daß die Gewehre Waffen sind, so betrachte ich dies als eine Beeinflussung der Jugend, um sie bereits neuerdings ideologisch mit derartigen Instrumenten vertraut zu machen. Es gibt meines Erachtens wichtigere Dinge, die man den Kindern beibringen könnte.“ Wie stellt sich zu dieser Frage die Schulaufsichtsbeförde?

Wir bitten unsere Leser

um Zuschriften
Ratschläge
Kritik
Berichte
Meinungen
Mitarbeit!

Unsere Adresse:
Redaktion der „Badischen
Volksstimme“, Mannheim, S 3, 10

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereint Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Mannheim**Wo bleibt der zweite Arzt?**

Wie wir bereits berichteten, hatten unsere Bemühungen zur Errichtung einer zweiten Arztstelle sowie einer weiteren Röntgenanlage in der Mannheimer Tuberkulosefürsorge insofern zu einem vollen Erfolg geführt, als die Einstellung dieses zweiten Arztes, wie auch die weitere Röntgenanlage vom Präsidenten des Landesbezirkes Baden am 11. November 1946 genehmigt wurden. Wir gaben schon seinerzeit unserer Hoffnung Ausdruck, daß dieser Beschluß nun auch raschmöglichst in die Tat umgesetzt wird und nicht wieder, wie in vielen Fällen lediglich ein Papierbeschluß bleibe.

Wir schreiben heute den 6. Dezember und immer noch ist die zweite Arztstelle noch nicht besetzt. Die Anzahl der Neuerkrankungen an Tuberkulose, wie auch das weitere Steigen der Sterblichkeitsziffer verlangt nunmehr gebieterisch die sofortige Anstellung des genehmigten Arztes, oder sollte auch hier wieder ein sattsam bekannter Amtsschimmel sein Unwesen treiben?

Der Neubau eines Nazi-Aktivisten

Als im vorigen Jahr kurz nach dem Zusammenbruch die amerikanische Military Police mit Begleitung deutscher Polizei den früheren Propagandaleiter der Ortsgruppe Erlenhof Arno Petzold verhaften wollte, war dieser in den Ruinen nicht zu finden. Der kleine „Propaganda-Minister“ befand sich in seiner Ausweichwohnung in Heidelberg. Heute nach einem Jahr steht an der selben Stelle ein Neubau mit neuem Gebälk, auf dem nur noch die Ziegel fehlen. Die Käufer wurden in dem früheren Laden von Mutter und Sohn nur mit dem „Deutschen Gruß“ empfangen. So wie heute die bunten Bänder auf dem Richtbaum des Hauses flattern, wehte einst bei jedem Goebbels-Anlaß die Hakenkreuzfahne auf dem weißen Mast des Propagandaleiters. Derselbe versah auch noch die Propaganda-Tafel auf dem Erlenhofplatz mit den neuesten Nazi-Nachrichten. Man muß sich wirklich wundern, woher derart belastete Leute die Bau-Genehmigungen erhielten, während im Erlenhof große Wohnblocks nicht ausgebaut werden konnten, wegen angeblichem Materialmangel. Es gibt viele Mannheimer, die keine Nationalsozialisten waren und deren Häuser, Hab und Gut der Vernichtungspolitik zum Opfer fielen. Diese Leute laufen vergeblich zu den städtischen Ämtern, um Baugenehmigungen und Material zu erhalten. Wir hoffen, daß die städtischen Stellen den Aktivisten für die Zukunft keine Baugenehmigungen mehr erteilen, sondern das Baumaterial zur Instandsetzung größerer Wohnblocks zur Verfügung stellen. Es fehlt gerade noch, daß der Propagandaleiter bald wieder hinter dem Ladentisch steht und die Käufer mit „Grüß Gott“ empfängt.

Noch billige Zigarren in Mannheim

Bereits vor Monaten, vor Einführung der erhöhten Preisstufen, erließ der Beauftragte des Mannheimer Tabakhandels mit Rundschreiben vom 15. Juni 1946 an alle Tabakwareneinzelhändler u. a. folgende Anordnung: „Sämtliche Händler, die noch über alte Bestände verfügen, müssen diese unverzüglich an jedem Tag der Woche zu normalen Verkaufspreisen an den Fordernden abgeben, und zwar zum alten Preise.“

Dieser selbe Beauftragte des Mannheimer Tabakfachhandels, Julius Schleicher, Verkaufsstelle Kiosk am Tattersall, soll Mitte Oktober 1946 noch ein Warenlager zu alten Preisen von zirka 50 000 Stück Zigarren verschiedener Preislagen gehabt haben. Tatsache ist, daß er heute noch, jeweils Dienstags und Freitags Nachmittags von 13 bis 15 Uhr, Ware zu alten Preisen abgibt, um sodann seinen Verkaufsstand wieder zu schließen. Er hat sich also über die von ihm selbst herausgegebene Anordnung hinweggesetzt.

Es würde uns interessieren, von welcher Stelle Schleicher zum Beauftragten des Mannheimer Tabakfachhandels ernannt wurde.

**Unverantwortlicher Wohnungsluxus**

Das in Mannheim-Neustadt, Böcklinstraße 42 stehende Haus, Besitzer Direktor Guth war durch Kriegseinwirkungen beschädigt. Der Herr Direktor läßt dieses nun wie folgt herrichten:

Das Erdgeschoß, bestehend aus 2 Zimmer und 1 Küche von je 20 qm, 1 Wintergarten von 8 qm und 1 Diele von 8 qm wird nicht nur an den Wänden bis zur Decke, sondern auch die Decke selbst vollkommen mit Sperrholz verschalt. In der Diele werden nicht nur Schränke eingebaut, sondern auch die Böden werden mit Parkett belegt. Sämtliche Fenster erhielten Klarglas, während die gesamten Türen aus Eichenholz gezimmert wurden.

Der zweite Stock wird, anstatt zur Wohnung ausgebaut, zu einem Speicher hergerichtet. Rund 76 qm ehemaliger Wohnraum wird also für Speicherezwecke verwendet. Das Dach auf dem Hause wurde vollkommen komplett mit 60 qm angefertigt. Was sagt zu einem solchen prunkvollen Ausbau das Bauamt und wer erteilt hierfür die Genehmigung? Wieviel beschädigte Arbeiterwohnungen hätten mit diesen enormen Holzmassen hergerichtet werden können? Wir erwarten, und dies wohl mit Recht, eine sofortige Klärung durch die zuständigen Behörden.

60 Hektar Land der bürokratischen Sabotage entrissen

Vor den Toren Mannheims liegt in der Nähe des Hofgutes Sandtorf der sogenannte Sandtorfer Bruch, der verschlammt, versumpft und von meterhohem Schilf und Unkraut überwuchert ist. Seit langen Monaten fordert die „Badische Volksstimme“ die Beseitigung dieses Zustandes, um das Gelände wieder der Ernährung nutzbar zu machen. Dicke Bündel von Akten wurden von allen Seiten angelegt und vor lauter Kompetenzschwierigkeiten vergaß man praktische Arbeit zu leisten. Der Stadtrat hat nun auf Antrag der kommunistischen Fraktion, um diesem fruchtlosen Bürokratismus ein Ende zu bereiten, für Inangriffnahme der ersten Arbeiten im Sandtorfer Bruch die Summe von 16 000 RM bewilligt, obwohl es sich nicht um Mannheimer Gelände handelt.

Wir hoffen, daß nun endlich tatkräftig und schnellstens mit den Arbeiten begonnen wird, und erwarten, insbesondere von den in Frage kommenden staatlichen Stellen, wie auch dem eigentlichen Pächter, der Zucker AG in Waghäusel, daß alle erforderlichen Maßnahmen mit größter Beschleunigung ergriffen werden, damit nicht wieder eine Ernte verloren geht.

Schleierhaft bleibt im vorliegenden Falle nur, aus welchem Grunde der Waldhofkonzern über die seinerzeit bereitgestellten zwei Motore für das zu errichtende Pumpwerk entgegen seiner Zusicherungen stillschweigend weiterverfügt hat. Auf ein besonders großes soziales Verständnis läßt dieses Vorgehen der Konzerngrößen bestimmt nicht schließen.

Heinsheim

Bekanntlich hat der jetzige Bürgermeister Kiener von Heinsheim durch seine hervorragenden Beziehungen zum Dritten Reich es nicht nur verstanden, die ehemalige Synagoge in Heinsheim von den Nazigewaltigen zu kaufen sondern sich auch von seinem damaligen Busenfreunde, dem Ortsbauernführer, dem

Posten als Fleischbeschauer des gesamten Bezirks übertragen lassen. Heute beruft sich dieser Bürgermeister auf seine angebliche Nichtmitgliedschaft bei der NSDAP, was ihn aber keinesfalls hindert, die Methoden des Dritten Reiches in voller Blüte weiter zu entwickeln. Zur Illustration seines Verhaltens nur einige Fragen:

1. Stimmt es, daß Sie vom Nazireich die gesamte Synagoge in Heinsheim kurze Zeit nach den Judenverfolgungen in Deutschland für einige hundert Mark kauften und dieselbe heute noch als Scheune benützen?
2. Stimmt es, daß Sie im engen Einvernehmen mit dem damals sattsam berüchtigten Orts- und Kreisleiter Müller befreundet waren und durch dessen Machenschaften die Anzeige bei der Gestapo gegen den Schmied Berg veranlaßten?
3. Ist es richtig, daß Sie erst voriges Jahr den Förster Düsterwald beim Militärgericht denunzierten, dieses jedoch trotz Ihrem Zeugnisaufgebot, Düsterwald freisprach?
4. Ist es richtig, daß Sie den Verwandten des schwer belasteten ehemaligen Orts- und Kreisleiters Müller aus Heinsheim heute als Ratschreiber einstellten, trotzdem Sie genau wußten, daß auch dieser Mann alles andere als Demokrat ist?
5. Rühmen Sie sich wirklich bei berechtigten Vorwürfen stets Ihrer angeblich engen und guten Beziehungen zum Landrat in Mosbach?

Die weit über Heinsheim hinaus interessierte Bevölkerung erwartet in aller Bälde eine klare Stellungnahme.

Bretten

Aus verschiedenen Zuschriften entnehmen wir folgendes:

„Wer am Sonntag, den 17. November, in die katholische Kirche zu Bretten kam, um sich zu erbauen, mußte anstatt einer erbaulichen Ansprache, eine persönliche Auseinandersetzung des Stadtpfarrers mit einem Artikel in der „Badischen Volksstimme“, der sich mit Äußerungen des Stadtpfarrers zu der Frage der Mischehen befaßte, über sich ergehen lassen. Hierzu sei gesagt, daß wir das Wort „Bekanntschaft“ schon so aufgefaßt haben, wie es vom Stadtpfarrer gemeint war, nämlich als Verhältnis zwischen Andersgläubigen.“

Damit entfallen Ihre Vorwürfe, daß Ihre Priesterehre angegriffen worden wäre, denn wir haben genau dasselbe gemeint, was auch Sie unter dem Begriff Bekantschaft verstehen. Wie recht wir im Übrigen mit unseren Feststellungen von Unduldsamkeit usw. hatten, beweisen die Feststellungen des Herrn Stadtpfarrers, daß dieses Bekantschaftsverhältnis nach wie vor schärfstens zu bekämpfen sei und aus Mischehen nur Leid, Jammer und Unglück erwachse.

Hier geben wir dem Pfarrer durchaus recht, wenn es sich um Mischehen in politischer Hinsicht handelt, denn auch wir sind der Auffassung, daß aus der politischen Mischehen in der CDU für unser Volk nur Unglück und Leid erwachsen wird.“

Soweit unsere Leserschrift. Wäre es nicht praktischer, Herr Stadtpfarrer, wenn Sie uns Ihre Erwiderung schriftlich zugehen ließen, damit auch der Gesamtleserkreis davon Kenntnis erhält? Die Benützung der Kanzel zur Haltung von politischen Säuberungsreden scheint uns ziemlich unangebracht.

Bestellungen auf die**Badische Volksstimme**

nehmen alle Postanstalten, Postagenturen, Postboten und Briefträger bis zum 22. eines jeden Monats entgegen. Monatsabonnement RM 0.50 zuzügl. Zustellgebühr.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim S 3, 10, Telefon Nr. 432 60. Auflage 50 000. Druck: Gebrüder Diebach, Weinheim an der Bergstraße, Friedrichstraße 24. / Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttg., Fr. 10. 4. 46.